

(GR.11.338-1) Familienergänzende Kinderbetreuung; Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG); Änderung; 2. Beratung; Dekret über die familienergänzende Kinderbetreuung (DFK); Eintreten und Beginn der Detailberatung

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 9. November 2011 samt den Synopsen mit den abweichenden Anträgen der Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW) vom 21. November 2011, denen der Regierungsrat teilweise zustimmt. – Auf der Regierungsbank nimmt Sibylle Müller, Rechtsdienst DGS, Einsitz.

Für die Kommission GSW referiert deren Präsidentin, Barbara Roth, Erlinsbach. Die Kommission beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen.

Eintreten

Fredy Böni, Möhlin, stellt im Namen der SVP-Fraktion den Antrag auf Nichteintreten.

Titus Meier, Brugg, stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts.

Trudi Huonder, Egliswil, stellt im Namen der CVP-BDP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung des Dekrets über die familienergänzende Kinderbetreuung (DFK).

Für die übrigen Fraktionen referieren: SP, Beatrice Beck, Schafisheim, Grüne, Monika Küng, Wohlen, GLP, Ruth Jo. Scheier, Wettingen, und EVP, Roland Aeschmann, Reinach.

Die folgenden Einzelvotantinnen und -votanten beteiligen sich an der Diskussion: Maya Frey, Staufeu, Gertrud Häseli, Wittnau, Barbara Portmann, Lenzburg, Andreas Glarner, Oberwil-Lieli, Bernhard Guhl, Niederrohrdorf, Marie-Louise Nussbaumer Marty, Obersiggenthal, Esther Gebhard-Schöni, Möriken-Wildegg, Kurt Emmenegger, Baden, Max Läng, Obersiggenthal, und Renate Gautschy, Gontenschwil und Pascal Furer, Staufeu.

Für den Regierungsrat nimmt Landstatthalter Susanne Hochuli Stellung.

Der Rat beschliesst mit 80 gegen 53 Stimmen auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag von Fredy Böni, Möhlin, abzulehnen.

Der Rückweisungsantrag von Titus Meier, Brugg, wird mit 67 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Über den Rückweisungsantrag Huonder wird im Verlauf der Detailberatung entschieden.

Detailberatung

Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG)

I., Titel nach § 38, § 39 Überschrift, Abs. 1, Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu)
Zustimmung

§ 39a (neu) Abs. 1 lit. a

Maja Wanner, Würenlos, stellt den Antrag, lit. a wie folgt zu formulieren: "a) einen Sockelbeitrag."

Der Antrag Maja Wanner, Würenlos, wird mit 72 gegen 56 Stimmen gutgeheissen.

§ 39a (neu) Abs. 1 lit. b

Maja Wanner, Würenlos, stellt den Antrag, lit. b wie folgt zu formulieren: "b) einen höchstens kostendeckenden Leistungsbeitrag, der sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit richtet."

Der Antrag Maja Wanner, Würenlos, wird mit 76 gegen 50 Stimmen gutgeheissen.

§ 39a (neu) Abs. 2, § 39b (neu) Abs. 1

Zustimmung

§ 39b (neu) Abs. 2

Maja Wanner, Würenlos, stellt den Antrag, Absatz 2 zu streichen.

Der Antrag Maja Wanner, Würenlos, wird mit 75 gegen 52 Stimmen gutgeheissen.

Titel nach § 39b (neu)

Zustimmung

§ 51 Abs. 2

Die Kommission GSW beantragt, die Kostenbeteiligung auf 50 % der Aufwendungen der Gemeinde festzusetzen. Der Regierungsrat hält wie auf die 2. Beratung hin beantragt an 20 % fest.

Fredy Böni, Möhlin, beantragt, der Fassung der Kommission (bzw. der anlässlich der 1. Beratung beschlossenen Fassung) zuzustimmen. Fredi Böni verzichtet im Verlauf der Diskussion auf den Antrag.

Maja Wanner, Würenlos, stellt den Antrag, Absatz 2 zu streichen.

Der Streichungsantrag von Maja Wanner, Würenlos, wird mit 82 gegen 47 Stimmen gutgeheissen. Damit sind die übrigen Anträge obsolet.

§ 51 Abs. 4 (neu)

Zustimmung

An dieser Stelle unterbricht der Präsident die Beratungen und schliesst die Sitzung.

Protokollauszug

- Departement Gesundheit und Soziales
- Staatskanzlei
- Rechtsdienst des Regierungsrats
- Parlamentsdienst

Präsident

Ratssekretär